



Andreas Holzhausen

Mitbegründer des Aktionsbündnisses „Lass retten!“,
Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Niederbayern

/// So kann es nicht weitergehen!

Steigende Gewalttaten gegen Rettungskräfte

Bei der Bayerischen Polizei werden Angriffe und Straftaten gegenüber Polizisten in einer jährlichen Statistik zusammengefasst. Diese GewaPol-Statistik (Gewalt gegen Polizeibeamte) zeigt dann das Lagebild der Gewalttaten in den jeweiligen Regionen auf. Und jedes Jahr werden diese steigenden Zahlen mit Kopfschütteln und Unverständnis durch die agierenden Politiker verkündet und bewertet. Reicht das so noch?

Die Gründung eines Aktionsbündnisses in Niederbayern

Im Jahr 2017, kurz nach der Veröffentlichung der damals aktuellen GewaPol-Zahlen durch den Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann, zeichnete sich erneut ein signifikanter Anstieg ab. Der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirksgruppe Niederbayern, genügten die politischen Lippenbekenntnisse nicht mehr. Es musste ein Wachrütteln der Gesellschaft erfolgen, nur wie?

Das Aufrüsten der bayerischen Polizei mit einer neuen ballistischen Schutzausrüstung, neuer Dienstwaffe und spezieller Einsatzbeschulung konnte nur ein kleiner Teil der Lösung sein. Eine Aufrüstung mit Ausstattung und polizeiliche Fortbildung hielten die Gesellschaft nicht davon an, Polizisten und Ehrenamtliche anzugreifen.

Angriffe und Gewalttaten gegen Polizisten nehmen jährlich zu.

**Auch Rettungskräfte
werden bei ihren
Einsätzen behindert.**

Martin Lehner, Manuela Landstorfer und der Unterzeichner, alles Mitglieder der GdP Niederbayern, gingen auf andere Rettungsorganisationen zu und wollten wissen, welche Erfahrungen diese mit dem „Gegenüber“ haben. Wir haben offene Türen eingerannt! Probleme bei der Einsatzbewältigung, Beleidigungen bis zu tätlichen Angriffen müssen unsere Rettungskräfte im Einsatz tagtäglich aushalten. Und dies überwiegend im Ehrenamt.

Nach diesen Informationen war die Idee und der Zusammenschluss des Aktionsbündnisses geboren – noch ohne Namen, Logo und Schirmherrschaft. Mit dem Gestaltungsbereich der FOS / BOS Straubing konnte ein Partner gefunden werden, welcher sich in einem Wettbewerb der Sache annahm. Als Schirmherren konnten wir Staatsminister a.D. Bernd Sibler gewinnen.

Sehr große Unterstützung erhielten wir von der Mediengruppe Straubinger Tagblatt / Landshuter Zeitung, vertreten durch den Verleger Martin Balle. „Lass retten!“ war als Aktionsbündnis geboren und das gemeinsame Ziel, Einfluss auf die Gesellschaft nehmen, um die Gewalt gegen uns zu beenden, definiert.

2017 wurde das Aktionsbündnis der Öffentlichkeit in einer Großveranstaltung mit fast 700 Teilnehmern in der Joseph-von Fraunhofer-Halle in Straubing vorgestellt und die Resonanz war überwältigend. Hier zeichnete sich bereits ab, dass das Bündnis die Kraft über die Grenzen Niederbayerns hinaus hat.

Plakat zum Aktionsbündnis „Lass Retten“

Sanitäter angegriffen
Passau. (dpa) Ein volltrunkener Mann hat im Rettungswagen auf dem Weg ins Passauer Klinikum randaliert. Der 32 Jahre alte Mann war am Freitagabend stark alkoholisiert. Innpromenade gefun- mittel-

Lass mich nicht selbst zum Opfer werden!

Barbara Wimmer
23 Jahre, Notfallsanitäterin

LASS retten

Das niederbayerische Aktionsbündnis gegen Gewalt an Rettungskräften

Gewerkschaft der Polizei Niederbayern
Bayerisches Rotes Kreuz
Malteser ...weil Nähe zählt.
BFV BAYERISCHES FEUERWEHRBUND NIEDERBAYERN
DPoIG DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
BayZBE Bayerisches Zentrum für besondere Einsätze
DIE JOHANNITER Aus Liebe zum Leben
MEDIENGRUPPE www.idowj.de
Straubinger Tagblatt/Landschutter Zeitung

Quelle: Andreas Holzhausen

Das Bündnis soll in Zukunft auf ganz Bayern ausgeweitet werden.

Die Bündnispartner – Gewerkschaft der Polizei Niederbayern, Bezirksfeuerwehrverband Niederbayern, Malteser, Bayerisches Rotes Kreuz, Johanniter, Deutsche Polizeigewerkschaft Niederbayern und das Bayerische Zentrum für besondere Einsatzlagen – waren sich nach dem großartigen, regionalen Erfolg einig, das Aktionsbündnis für einen bayernweiten Rollout der Bayerischen Staatsregierung anzubieten. Gespräche und Vorstellung des Bündnisses bei den Ministern Florian Herrmann, Hubert Aiwanger, Michael Piazzolo und Joachim Herrmann erbrachten die Zusage für die Annahme und den bayernweiten Rollout. Dann kam die Pandemie und alles war auf Standby!

Im September 2022 fand ein Treffen im Bayerischen Innenministerium mit den bayerischen Vertretern der Aktionsbündnispartner statt, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Bei dem Treffen wurde vereinbart, dass die GdP Niederbayern ein Strategiepapier entwirft, welches allen Beteiligten für Ergänzungen und Änderungen aktuell vorliegt. In diesem Strategiepapier sind mögliche Lösungen der Gesamtproblematik enthalten. Nun muss nur noch die politische finale Entscheidung zur Umsetzung getroffen werden.

Mögliche Lösungsansätze zur Gewaltreduzierung gegenüber Rettungskräften

Nachdem einige Bündnispartner aufgrund ihrer Satzung zur Neutralität verpflichtet sind, hat sich das Aktionsbündnis darauf verständigt, keine Forderungen zu stellen.

Die Gewerkschaft der Polizei Niederbayern / Bayern hat sich dennoch Gedanken dazu gemacht, wie die Gewalt gegenüber Rettungskräften reduziert werden könnte, und Wege hierzu aufgezeigt:

- Wir brauchen eine Werte- und Normenvermittlung ab der 1. Schulklasse. Respekt und Anstand werden in der aktuellen Gesellschaft selten im Elternhaus vermittelt. Wir müssen die Generationen der Zukunft in diesem Bereich wieder neu auf die Beine stellen. Im Polizeijargon nennt man das „vor die Lage kommen“.
- Wir brauchen eine „soziale“ Zeit. Wer nach der Schulzeit im Ehrenamt seinem Staat und seiner Gesellschaft etwas zurückgibt und gegebenenfalls dazu eine Art Uniform trägt, der wird vermutlich später einen Uniformträger nicht mehr angreifen. Diese Zeit könnte mit den verschiedensten Modellen sehr interessant gestaltet werden.

Wir können aber auch nichts machen. Wir rüsten weiterhin die Bayerische Polizei zu „Robocops“ auf, hören uns jedes Jahr die steigenden GewaPol-Zahlen an, schütteln unseren Kopf und machen einfach weiter. Das Ehrenamt, egal wo, wird angegriffen und muss neben Gewalt auch Hetze an allen Fronten erdulden. Wohin gehen wir dann als Gesellschaft? In eine sehr dunkle Zeit.

Oberstes Ziel der politischen Verantwortlichen muss eine Werte- und Normenvermittlung sein, gekoppelt mit der Bindung an den Staat.

**Tatenlos bleiben
ist keine Lösung.**

///